



Foto: Steffen Große

EINE PARTEI FÜR DEN WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNG

Editorial von Steffen Große

Liebe Mitglieder und Freunde,

die Wirtschaft sucht nach einem neuen Ansprechpartner. Sie ist von der Union enttäuscht, sie lacht Bärbel Bas und damit die SPD aus. Die FDP liegt am Boden, das BSW kriegt die Kurve zur Wirtschaft nicht, die Freien Wähler werden auf Bayern reduziert. Mit der AfD darf die Wirtschaft nicht "spielen". Der Verband der Familienunternehmer hat hier kürzlich eine bittere Lektion bekommen.

Jeder weiß, dass ich das Thema "Wirtschaft" als ein sehr wichtiges für BÜNDNIS DEUTSCHLAND halte. Ja, man kann es noch durch ein "Herzthema" zusätzlich aufladen/ergänzen. 78-82% der Deutschen wünschen sich eine neue "Wirtschaftsaufschwungpartei". Ich möchte euch dafür gewinnen, dass sich BÜNDNIS DEUTSCHLAND darauf konzentriert. Das schließt andere Themen nicht aus, aber ohne starke Wirtschaft ist alles nichts. Wenn die Kriminalität steigt, hat das auch wirtschaftliche Gründe: Arbeitsplatzverlust, steigende Lebenshaltungskosten, sozialer Abstieg, Arbeit lohnt sich nicht mehr. Wenn die Steuern nicht reichen, hat das auch wirtschaftliche Gründe. Wenn den Kommunen das Geld ausgeht, hat das auch wirtschaftliche Gründe. Wenn weniger investiert wird, hat das auch wirtschaftliche Gründe. "Deutschland muss so attraktiv werden, dass jedes Unternehmen unbedingt in Deutschland sein will." Diese Aussage von Markus Krall kann ich nur unterstreichen.

Die meisten Mitglieder sind zu BÜNDNIS DEUTSCHLAND gekommen, um eine bessere Zukunft für Deutschland und die eigenen Kinder zu schaffen. Mein Appell: habt Geduld und zieht den Karren gemeinsam in eine Richtung. Seid tolerant und lasst uns auch mal was ausprobieren. Ich bin kein Freund von "entweder - oder". Ich bin ein Freund des "und", ...wenn es um gute Ideen und Initiativen geht. Wer nichts macht, macht nichts falsch, aber dafür braucht man uns nicht.

Seitens des Bundesvorstandes sind wir gut vernetzt, auch was Mitbewerber, Mitstreiter und kompatible Organisationen betrifft. Wir sind stets in guten konstruktiven Gesprächen zum Wohl unserer Partei BÜNDNIS DEUTSCHLAND. Die Außen-sicht auf BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist eine gute. Das sollte uns bei allen Konflikten auch etwas stolz machen.

Ich wünsche - auch im Namen des Bundesvorstandes - allen Mitgliedern und euren Familien ein schönes Weihnachtsfest, einen gelungenen Jahreswechsel und viele gute Ideen und Kraft für 2026.

Foto: Steffen Große

Euer
Steffen Große
Bundesvorsitzender



IN DIESER AUSGABE

Bundesvorstand wieder komplett

BÜNDNIS DEUTSCHLAND gegen die Abschaffung des Ehegattensplitting

Neuauszählung der Bundestagswahl 2025

Strategie zum Mitgliederwachstum

Gesundheits- und Pflegekosten neu denken

GENUG-Kampagne aus Bremen

Der sozialistische Quadratmeterdeckel

Mitgliederschreiben des Landesvorsitzenden aus Thüringen

Und noch einiges mehr

Richtet eure Beiträge für die nächste Ausgabe oder euer Feedback gerne direkt an die Redaktion.



buendnews@buendnis-deutschland.de

BÜNDNIS DEUTSCHLAND Vorstand wieder komplett

von Steffen Große

Vorsitzender Große: "Wir fokussieren neu auf Wirtschaft und Digitalisierung"

BÜNDNIS DEUTSCHLAND hat auf dem 12. Bundesparteitag in Andernach (RLP) vakante Positionen im Vorstand nachgewählt und zudem zur Stärkung der Landesverbände einen Länderrat installiert. Vorsitzender Steffen Große: "Wir wollen politisch nicht nur den Bundesrat gegenüber dem Bundestag stärken, wir leben den Föderalismus auch innerparteilich. Parteien wachsen von unten nach oben, deshalb sollen die Landesverbände auch mehr Rechte bekommen und sich besser koordinieren." Ein Programmparteitag zur Qualifizierung des Bundestagswahlprogramms soll im Jahr 2026 folgen.

Wir haben zwei Themen in Andernach für uns neu fokussiert. Die Stärkung der Wirtschaft, die nach dem Abgang der FDP ein Sprachrohr weniger hat. Zudem die Forcierung der Digitalisierung", so Große.



BÜNDNIS DEUTSCHLAND hält beispielsweise nichts vom Kammerzwang und wird deshalb die Zwangsmitgliedschaft für Unternehmen in Frage stellen. Beim Thema Digitalisierung geht es beispielsweise um die Aufnahme eines Schulfachs "KI" in die Stundentafel der Schulen. Zudem soll KI und Digitalisierung mit entsprechenden Hilfsmitteln auch als Chance verstanden werden, dass ältere Menschen möglichst lang in ihren "eigenen vier Wänden" wohnen bleiben können. Große: "Eine Stärkung der ambulanten Pflege entlastet die stationäre Pflege, die sich ohnehin kaum noch jemand leisten kann."

Der Vorstand von BÜNDNIS DEUTSCHLAND mit Landeszugehörigkeit

Vorsitzender: Steffen Große (Sachsen)

Generalsekretär: Paul Herbst (Bayern) - neu

Stv. Bundesvorsitzender und Vertreter des Vorsitzenden: Carsten Schanz (Berlin)

Stv. Bundesvorsitzender: Kay-Achim Schönbach (Niedersachsen)

Stv. Bundesvorsitzender: Markus Schröder (NRW)

Schriftführer: Arniko Meinhold (RLP-Saar)

Stv. Schriftführerin: Christiane Wegner (Bayern) - neu

Bundesschatzmeisterin: Constance Dreßler (Sachsen)

Stv. Bundesschatzmeister: Tobias Löffelsend (Niedersachsen) - neu

Stv. Bundesschatzmeister: Dr. Kevin Deese (Hessen) - neu

Bundesmitgliederbeauftragter: Markus Scheer (NRW)

Beisitzer: Axel Popp (RLP-Saar)

Beisitzer: Konstantinos Kessoudis (Ba-Wü) - neu

Beisitzer: Holger Jonzeck (RLP-Saar) - neu

Beisitzer: Volker Körlin (Niedersachsen) - neu

Beisitzer: Bernd Kaiser (Ba-Wü) - neu

Die Neuen stellen sich vor

Generalsekretär

Paul Herbst

Ausbildung: Elektroniker für Informations- und Telekommunikationstechnik, im Technischen Außendienst tätig.

Wohnort: Ich wohne in der Nähe von Landshut in Bayern.

Familienstatus: ledig

Hobbies: Ich selbst bin ehrenamtlich bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv.



Was treibt mich an, Politik zu machen?

Nachdem sich sowohl die wirtschaftliche Lage, als auch die Sicherheit im Land immer weiter verschlechterten, nicht zuletzt getrieben durch die Ampel Regierung, habe ich für mich beschlossen, nicht nur zu reden, sondern anfangen etwas zu machen. Ich möchte, dass Deutschland wieder ein wirtschaftlich erfolgreiches, sicheres und funktionierendes Land wird! Dass wir unsere Kultur bewahren und Traditionen schützen, dass wir unsere Wirtschaft stärken und Sicherheit und Ordnung im Land schaffen, dass Recht und Gesetz durchgesetzt wird, dass wir dringend notwendige Reformen im Sozialstaat umsetzen und die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher machen, damit die nächsten Generationen weiterhin in einem lebenswerten Deutschland leben können.

Ganz einfach eigentlich, denn darum geht es. Als Mitte der Gesellschaft müssen wir zusammenstehen und uns gemeinsam gegen die "Cancel Culture" und vor allem gegen den rot-rot-grünen Kulturkampf zur Wehr setzen und uns klar für die Meinungsfreiheit einsetzen, indem wir die Menschen von der Partei und unserem Programm überzeugen, denn wir haben als BÜNDNIS DEUTSCHLAND das beste Programm. Wir dürfen nicht den Radikalen das Steuer überlassen, daher möchte ich vor allem, dass wir gemeinsam als BD wachsen, Mitglieder gewinnen und Wahlen gewinnen, darauf kommt es jetzt an. Ich freue mich, Sie als Mitglieder von BD persönlich kennenzulernen. In diesem Sinne: Packen wir's an, es gibt viel zu tun!

Stv. Schatzmeister



Dr. Kevin Deese

Ausbildung: Wirtschaftsingenieur

Beruf: Projektleiter für Netzausbauprojekte

Wohnort: Ich wohne in der Nähe von Regensburg

Hobbies: Sehr viele, aber allen voran Musik und Neues ausprobieren

Deutschland befindet sich in schwierigen Zeiten. An allen Ecken knackt und knarzt es: Die Wirtschaft schrumpft, Energie ist teuer, Steuern steigen und werden verschwendet, Kriminalität nimmt Überhand, Infrastruktur ist in schlechtem Zustand, Wohnungen sind knapp. Die Liste lässt sich lange weiterführen und verdeutlicht, dass wir schon zu lange von zu vielen Politikern mit zu wenig Kompetenz vertreten werden.

Ich möchte daran mitwirken, Deutschland wieder auf Spur zu bringen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND hat die richtige Grundeinstellung dazu: Vernunft statt Ideologie. Jetzt ist es an uns, genau dieses Versprechen umzusetzen. Lasst uns zusammenhalten und gemeinsam an einem Strang ziehen. Nur so können wir etwas erreichen und zum Politikwechsel in Deutschland beitragen.

Stv. Schriftführerin

Christiane Wegner

Ausbildung: Dipl.-Ing. (FH)

Wohnort: Wohnhaft mit Partner im schönen Chiemgau, wo die Natur zu wunderbaren Outdoor Aktivitäten einlädt.

Mein Credo: Sich die kindliche Neugier bewahren und gerne täglich Neues dazu lernen.

Meine politische Vision für Deutschland: Ein Deutschland, das seine Bürgerinnen und Bürger, seine Wirtschaft, seine Innovationskraft wertschätzt und dafür die Weichen stellt. (CO₂-Besteuerung umgehend abschaffen, Technologieoffenheit, auch für eine sichere und preiswerte Energieversorgung, Bürokratieabbau strukturiert umsetzen).

Eine EU, die Sicherheit bietet und Hemmschwellen abbaut, also „Cancel Culture“ für den Green Deal und das Lieferkettengesetz, z. B. Die EU benötigt freie und soziale Marktwirtschaft.

Anzustreben ist, Deutschland wieder zu einem global Player zu machen, dass wir in der Welt eine angemessene Rolle spielen, anstatt sich durch Ideologie sowie fragwürdiger Kompetenzen zu isolieren.

Wir benötigen Leistungsorientierung und Freiheitswillen. Der Appell geht an alle Wählerinnen und Wähler: Die CDU/CSU mit SPD und Grünen haben auch die Inflationsspirale mit zu verantworten, die uns monetär hart trifft, unsere Wirtschaft ruiniert sowie Arbeitsplätze abbaut.



Achtsam sein, getrost BÜNDNIS DEUTSCHLAND wählen, wir sind die Partei für die Bundestagswahl 2029. Vertrauen haben und Weichenstellung mit neuen Parteien annehmen. Wir wollen einen ehrlichen Kurswechsel (CDU/CSU versprechen vor der Wahl wahrende Werte und nach jeder Wahl erhalten die Bürger linke Politik, gewaltverherrlichende Antifa-Rhetorik im Bundestag inklusive.) Eigenverantwortung und selbständiges Denken sind gefordert, sowie Mehrheiten im Bundestag, die das Wohle Deutschlands mit seiner Bevölkerung respektieren und Ziele rasch umsetzen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für Ausgewogenheit und Innovation; dafür bin ich gerne bereit, mich für die Weiterentwicklung unserer Partei ehrenamtlich einzusetzen.



BÜNDNIS DEUTSCHLAND zur UNO-Klimakonferenz in Belém

von Steffen Große

Steffen Große: "Mehr Bäume pflanzen, auch in Europa" BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt ebenfalls dafür ein, dass weniger Wälder gerodet werden, weil diese Flächen für Anderes genutzt werden sollen.

Das gilt für Südamerika genauso wie für Europa. Vorsitzender Steffen Große dazu: "Die Waldschäden in Deutschland sind enorm und eine Wiederaufforstung ist dringend nötig. Außerdem muss der Beruf der Forstarbeiter wieder mehr Wertschätzung erfahren statt als fünftes Rad am Wagen in vielen Landesverwaltungen zu gelten."

BÜNDNIS DEUTSCHLAND hat berechnet, dass 10% mehr Waldflächen in Deutschland die CO₂-Reduzierungsziele auf sehr einfache Art ebenfalls erfüllen.

Dafür braucht man keine Verbrennerverbote und auch keine Vorschriften, womit man zu heizen hat. "Aus unserer Sicht ist es völlig unverständlich, warum die Bundesregierung und die Landesregierungen nicht mehr Initiativen zur Waldmehrung und mit den Kommunen für mehr Stadtgrün entwickeln. Waldbrände und Schädlinge haben ohnehin viele Wälder dezimiert. Dem muss man entgegenwirken", so Große.

Und weiter: "Die pflanzliche Bindung von CO₂ und ihre "Produktion" von Sauerstoff müssen sich lohnen, statt das Abholzen. Allerdings dürfen sich die europäischen Länder nicht mit enormen Milliardenbeträgen erpressen lassen und sollten lieber mit gutem Beispiel vorangehen." Mit den Entwicklungsländern, die selbstverständlich auch wirtschaftlichen Aufschwung generieren wollen, müssen andere Win-Win-Modelle mit anderen Rohstoffen entwickelt werden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND Bayern stellt Landesvorstand neu auf

20.12.2025 – Aus organisatorischen Gründen und infolge personeller Veränderungen hat BÜNDNIS DEUTSCHLAND Bayern auf seinem Landesparteitag den Landesvorstand neu aufgestellt. Die Mitglieder wählten dabei ein Team, das den Landesverband künftig politisch und organisatorisch führen wird.

Zur Landesvorsitzenden wurde Birgit Ruder gewählt. Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden bestimmten die Mitglieder Martin Hartmann.

Das Amt des Schatzmeisters übernimmt Georg Gurko, unterstützt vom stellvertretenden Schatzmeister Marco Friedrich.

Zum Schriftführer wurde Alexander Bendler gewählt, seine Stellvertreterin ist Christiane Wegner.

Das Amt des Mitgliederbeauftragten übernimmt Erwin Holland.

Als Beisitzer gehören dem neuen Landesvorstand an: Paul Herbst, Roland Gruber, Michael Kaiser und Clemens Böll.

Die neu gewählte Landesvorsitzende Birgit Ruder erklärte nach der Wahl:

„BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine Politik der Verantwortung, der Freiheit und der Vernunft. Unser Ziel ist es, den Landesverband in Bayern organisatorisch neu aufzustellen und tragfähige Strukturen zu schaffen.“

Mit Blick auf die kommenden Aufgaben ergänzte Ruder:

„Wir werden den Aufbau von Kreis- und Bezirksverbänden angehen und erste kommunalpolitische Grundlagen für künftige Wahlteilnahmen schaffen. Entscheidend ist, dass Politik wieder glaubwürdig, bodenständig und nah bei den Bürgern wird.“

Darüber hinaus engagiert sich Ruder in der überparteilichen Initiative Bavaria ruft! – Frauen in die Kommunalpolitik, die sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen in kommunalen Parlamenten einsetzt.



Neuer Landesvorstand Bayern. Von links nach rechts: Michael Kaiser, Clemens Böll, Christiane Wegner, Paul Herbst, Erwin Holland, Birgit Ruder, Martin Hartmann, Roland Gruber, Georg Gurko

BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist offen für Neuauszählung der Wählerstimmen zur Bundestagswahl 2025

von Steffen Große

Vorsitzender Große: "Wir wollen keine Stimmen beanspruchen, die eigentlich dem BSW gehören"

Die Auszählung der Stimmzettel zur Oberbürgermeisterwahl in Mülheim hat gezeigt, dass das Vertauschen von Auszählungsergebnissen passieren kann.

Das ist nicht schön und unrühmlich für Deutschland, ist aber nun mal als menschlicher Fehler zu betrachten. BÜNDNIS DEUTSCHLAND wird immer wieder im Kontext vertauschter Stimmergebnisse genannt und fordert die Bundeswahlleiterin deshalb auf, die Neuauszählung der abgegebenen Stimmzettel zur letzten Bundestagswahl zu veranlassen.

Vorsitzender Steffen Große: "Das BSW ist so knapp am Einzug in den Bundestag gescheitert, dass ich volles Verständnis dafür habe, wenn dieser Mitbewerber die bundesweite Neuauszählung der Stimmschein fordert. Auch wir möchten keine Wählerstimmen verbuchen, die uns eigentlich nicht gehören. Das gebietet der Anstand und die Fairness auch in der Politik."

Auch die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen 2024, an denen BÜNDNIS DEUTSCHLAND neben dem



BSW teilnahm, sind unter diesem Gesichtspunkt neu auszuzählen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND regt für künftige Wahlen außerdem an, dass das Wählervotum auf dem Papier durch eine elektronische Stimmabgabe gedoppelt wird - eine technische Lösung wird dem Erfinderland Deutschland ja wohl einfallen. Dies macht die Ergebnisfindung schneller und lässt Auszählfehler schneller zu Tage treten. "Deutschland kann sich eine fehlerhafte Auszählung von Wählerstimmen vor dem selbst gesetzten Anspruch einer funktionierenden Demokratie einfach nicht leisten. Das gilt für alle Wahlen", betont Große.



Tag der Deutschen Einheit ist leider kein Jubeltag

von Steffen Große

BÜNDNIS DEUTSCHLAND kritisiert politische Ignoranz der Stimmung in der Bevölkerung

Der Tag der Deutschen Einheit ist kalendarisch ein Feiertag und beschert uns ein längeres Wochenende, was fast alle Bürger erfreut.

Der tiefere Sinn oder gar ein Jubeltag, das ist abhanden gekommen. Eine aktuelle Forsa-Umfrage (8.-11. September 2025) zeigt eine wachsende Entfremdung zwischen Ost und West. Für 61% der Befragten überwiegt das Trennende. In Ostdeutschland sagen das sogar 75%. Seit 2019 ging es bei dieser Umfrage abwärts, heißt es.

BD-Vorsitzender Steffen Große: "Der eigentliche Skandal ist der arrogante Umgang der Bundespolitik mit dieser Entwicklung. Sie wird schlicht ignoriert. Der Posten des Ostbeauftragten ist zum Versorgungsposten verkommen. Das Zusammenführen von Ost und West ist nicht mehr auf der Agenda."

BÜNDNIS DEUTSCHLAND weist darauf hin, dass das zunehmende Unbehagen auch mit empfundener Vernachlässigung westdeutscher Regionen zu tun hat und längst nicht mehr nur als Ost-Jammern diskreditiert werden kann. Der Verfall westdeutscher Infrastruktur, die Verschlechterungen im Bildungssystem und nicht zuletzt die steigenden sozialen Konflikte trüben die Bewertung der Deutschen Einheit durch immer mehr "Westdeutsche".

Große kritisiert: "Die Bundesregierung trägt zur Trennung der Gesellschaft mit bei, indem politisch Unbequeme und Kritiker aus allen Bereichen ausgegrenzt werden und Toleranz nicht vorbildlich vorgelebt wird." Und weiter: "Die Energiewende vernichtet mehr Arbeitsplätze als sie neue bringt. Anderes wurde unwahr behauptet. Die Wirtschaftsaussichten sind schlecht, die Zukunftsängste sind groß. Das schlägt sich in der Stimmung auch zum Tag der Deutschen Einheit mit nieder."

“Genug!” – Kampagne gegen ausufernde Gewalt

Mit einer groß angelegten Kampagne macht die *Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND* in der *Bremischen Bürgerschaft* auf die stark gestiegene Kriminalität und Gewalt in Bremen aufmerksam.

“Unsere Hansestadt ist die Kriminalitätshochburg Nr. 1 in Deutschland. 89.000 Straftaten wurden in 2024 in Bremen begangen”, so Jan Timke, Fraktionsvorsitzender.

Timke weist darauf hin, dass in vielen Stadtteilen Gewalttaten mittlerweile zum Alltag gehören. “Wir dürfen nicht länger wegschauen! Bremen braucht endlich Sicherheit, Ordnung und Konsequenz.”

Die Fraktion macht mit Großplakaten im Stadtgebiet und einer Website auf die Problematik aufmerksam und bietet Lösungsansätze, wie die Kriminalität wieder in den Griff bekommen werden kann.

Mehr Polizei – Mehr Präsenz

- 3.300 Polizeibeamte bis 2029
- Polizisten von polizeifremden Aufgaben befreien
- Taskforce zur Entlastung aller Polizeidienststellen
- Kampagne zur Gewinnung neuer Polizisten

Sicherheit an Kriminalitätsbrennpunkten

- Ausweitung der Videoüberwachung an Kriminalitätshotspots
- Erschließung neuer Waffenverbotszonen
- Mobile Einsatzwagen in belasteten Stadtteilen

Null-Toleranz-Strategie

- Rasche Strafverfahren für Intensivtäter
- Schnellstmögliche Ausweisung von Tätern ohne deutschen Pass
- Personelle Aufstockung der Staatsanwaltschaft im Bereich der Jugend- und Gewaltkriminalität

Bessere Ausstattung der Polizei

- Taser für alle Streifenpolizisten
- Stärkung der digitalen Einsatzztechnik (Drohnen, Bodycams, KI-Systeme)
- Einführung der Gotham-Software im Ermittlungsdienst
- Zielorientierte und zügige Bedarfsplanung durch Koordinierung aller Polizeidienststellen



Im Rahmen der Kampagne hat die Fraktion auch bereits verschiedene Initiativen in die Bremische Bürgerschaft eingebracht.

Weitere interessante Details zur Kampagne und zu den eingebrachten Initiativen finden Sie auf der Internetseite der Kampagne.

www.genug-bremen.de

**POLLER AN DIE GRENZE,
STATT AUF DEN
WEIHNACHTSMARKT!**

Genug geredet, **jetzt handeln!**

www.genug-bremen.de



BÜNDNIS DEUTSCHLAND – Gegen Abschaffung des Ehegattensplittings

von Steffen Große

Vorsitzender Große: "Erneuter SPD-Angriff auf Ehepaare"

BÜNDNIS DEUTSCHLAND kritisiert den Vorstoß von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD), das Ehegattensplitting abzuschaffen, als Angriff auf die klassische Ehe. Vorsitzender Steffen Große: "Weil der Bundesregierung trotz 1 Billion Euro Steuereinnahmen sparsame und verzichtende Politik zu anstrengend ist, begibt sich der Finanzminister auf die Suche nach Ideen, wie man die Bürger noch weiter zur Ader lassen kann. Es würde mich nicht wundern, wenn noch eine Atemsteuer kommt."

BÜNDNIS DEUTSCHLAND kritisiert auch all die vorgeschobenen Meinungsmacher der Regierung, die das Ehegattensplitting als Neidmodell aufblasen. Da würde es ja einen Steuervorteil geben. Und die Abschaffung des Steuersplittings würde Frauen in mehr Vollzeitarbeit bringen.



"Zwingen, nicht bringen. Die Berliner Politik und ihre Wissenschaftsgehilfen verkennen, dass es sich selbst Gutverdiener nicht leisten können, dass der Partner ohne Arbeit zu Hause bleiben kann. Wer das Leben im teuren Deutschland bezahlen und für das Alter ansparen will, muss als Mann und Frau arbeiten gehen, ob nun mit oder ohne Heiratsurkunde", so Große.

Die SPD fährt hier einen Angriff auf das klassische Familienmodell, bei dem Mann und Frau in einer Ehe füreinander eintreten und im Übrigen auch Nachteile in Kauf nehmen, wenn es um soziale Leistungen geht. "Wo bleibt der Aufschrei der Kirchen?"

BÜNDNIS DEUTSCHLAND – fordert Klarstellung zum Koalitionsvorhaben „Aktivrente“

von Steffen Große

Sie soll 2026 starten: die Aktivrente. Ein Wahlversprechen der Union. Sie steht auch im Koalitionsvertrag, doch viele Fragen sind offen.

Gibt es 2.000 Euro monatlich steuerfrei oder 2.000 Euro mehr als bisher? Bisher waren es steuerfreie 6.672 Euro jährlich (deutlich höher der Betrag für Bürger mit Erwerbsminderung; auch Übungsleiter und Ehrenamtler konnten kombiniert in Summe mehr steuerfrei hinzuverdienen....bis zu 858 Euro/mtl.).

Gibt's also ab nächstem Jahr 2.556 Euro monatlich steuerfrei, wenn man freiwillig länger arbeitet? Ab welchem Zeitpunkt? Erst mit 67 Jahren oder schon davor, unter welchen Bedingungen?

Und ganz wichtig: Gibt es die steuerfreie Summe zusätzlich zur gesetzlichen Rentenzahlung oder nimmt die Regierung an, dass die Rentenzahlung dann erst später einsetzt? "Das wäre eine üble Betrugsnummer, die gerade in den sozialen Medien kreist und dringend klargestellt werden muss", fordert BD-Vorsitzender Steffen Große.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND will auch eine Klarstellung, ob Selbständige tatsächlich von der Aktivrente ausgenommen werden. Wenn diese als Seiteneinsteiger an Schulen aushelfen, wäre doch für sie und für die Schulen mit Personalmangel das Profitieren vom Modell der Aktivrente sinnvoll.



Gesundheits- und Pflegekosten neu denken

von Birgit Ruder



Die Kosten bei Gesundheit und Pflege steigen seit Jahren rasant. Pflegeheimkosten von mehr als 3.300 Euro im Monat sind für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Was darüber hinausgeht, trägt der Steuerzahler über das Sozialamt oder sollen die Kinder finanzieren. Zugleich steigen die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung kontinuierlich. Ursachen sind nicht nur verdiente Tarifsteigerungen, sondern auch wachsender Verwaltungsaufwand, zunehmende Bürokratie, steigende Ausbildungsvergütungen und ein demografischer Wandel, der die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen lässt. „BÜNDNIS DEUTSCHLAND bekennt sich zu einer fairen und generationengerechten Pflegefinanzierung – ohne Leistungskürzungen bei den Schwächsten, aber mit klaren Reformen im System“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin Birgit Ruder.

Die Vergangenheit zeigt: Das auf Solidarität angelegte deutsche System wurde missbraucht, durch versicherungsfremde Leistungen im Umfang von 5-7 Mrd. Euro belastet, die Einzahler sind die „Dummen“, sie blechen und bekommen dafür nur Standardleistungen oder sollen laut CDU gefälligst länger arbeiten. Der Staat schuldet den Krankenkassen Beiträge der Bürgergeldempfänger in Milliardenhöhe. Der Arbeitnehmer wird dafür ungerecht mehr belastet.

Die Pflegeversicherung ist ein bürokratisches Konstrukt mit vielen Reibungsverlusten. Doppelstrukturen zwischen Kranken- und Pflegekassen verursachen hohe Verwaltungskosten, deshalb müssen Kranken- und Pflegeversicherung unter einem Dach zusammengeführt werden. Ruder: "Wir brauchen eine einheitliche IT: ein Gutachten, ein Antragsweg. Alles, was nicht originäre Pflegeleistung ist, muss künftig steuerfinanziert werden. So werden die Pflegekassen von milliardenschweren Fremdlasten befreit." Nur so kann man Pflegeheimkosten begrenzen. Ziel ist die Deckelung der Eigenanteile.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt auf private Zusatzpflegeversicherungen, die Eigenverantwortung stärken und die staatliche Pflegeversicherung gezielt entlasten. Diese Vorsorge soll frei abschließbar und vollständig kapitalgedeckt sein – ohne Umlageverfahren und ohne staatlichen Zugriff auf die eingezahlten Mittel. Jeder Versicherte entscheidet selbst über Beitragshöhe, Anbieter und Leistungsumfang. Das Kapital bleibt Eigentum des Versicherten und wird im Pflegefall zweckgebunden für Pflegeleistungen oder Eigenanteile verwendet. Stirbt der Versicherte pflegefrei, kann das angesparte Kapital vererbt oder für andere Versorgungszwecke genutzt werden.

Private Vorsorge soll wie die Krankenversicherung steuerlich absetzbar sein, um Eigenverantwortung zu fördern und eine echte Wahlfreiheit gegenüber staatlichen Systemen zu schaffen. Wer privat vorsorgt, darf nicht doppelt belastet werden – durch Beiträge und Steuern zugleich.

Pflegeleistungen sollen grundsätzlich privat oder innerhalb der Familie organisiert werden. Familien tragen Verantwortung füreinander – das stärkt Bindung, Solidarität und Eigeninitiative. Ruder: "Wenn Selbst- und Familienvorsorge nicht ausreichen, tritt als Rückfalloption die Gemeinde als Solidargemeinschaft ein. Pflege wird so lokal organisiert – bürgernah, flexibel und transparent." Jede Gemeinde legt selbst fest, wie sie Pflege gestaltet, z. B. durch:

- Gemeindeschwestern oder Pflegekoordinatoren,
- Nachbarschaftshilfen, Pflege-WGs oder ehrenamtliche Netzwerke,
- Kooperationen mit örtlichen Pflegeeinrichtungen oder Sozialdiensten.

Europäisch-Amerikanischer Deal: BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert Nachverhandlungen

von Steffen Große

Das Logistikunternehmen Kühne + Nagel muss weltweit zusätzliche 1.500 Stellen streichen, um in Zukunft auch den Hamburger Standort erhalten zu können. „Das ist das Ergebnis des Deals zwischen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Donald Trump, und bedeutet schlichtweg, dass das Tor zur Welt mit Zöllen angegriffen wird“, kritisiert Volker Körlin, Bundesvorstandsmitglied von BÜNDNIS DEUTSCHLAND.

Die USA erheben 15% Einfuhrzölle auf alle Waren, die von der Europäischen Union in die USA geliefert werden, die Briten zahlen hingegen nur 10% Einfuhrzölle, weil sie nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sind. „Von der Leyen hat bei den Verhandlungen mehr als versagt“, schimpft Körlin.

Kühne + Nagel spricht offen von den Auswirkungen eines Handelskrieges, dem die EU-Führung offensichtlich nicht gewachsen ist. „China allerdings schon, sie zwingen aktuell Donald Trump, die Einfuhrzölle zu senken, indem sie die Einfuhrzölle auf US-amerikanische Sojabohnen aus dem mittleren Westen der USA erheben, dort wo die Farmer in der Wählerhochburg für Donald Trump zu Hause sind. Die Chinesen haben eben Ahnung von Wirtschaftspolitik und von kaufmännischem Geschick – die EU-Kommission hingegen leider nicht“, so Körlin.

Die Auswirkungen der schlechten Leyen-Verhandlungen werden weitere deutsche Unternehmen hart treffen. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert deshalb Nachverhandlungen.

Quadratmeterdeckel - Sozialistische Mottenkiste neu aufgelegt

von Steffen Große

BÜNDNIS DEUTSCHLAND: Das beste Mittel gegen hohe Mieten: Häuser bauen

Auch beim Thema "Wohnungsbau" lässt die Bundesregierung jegliche ökonomische Kompetenz vermissen, kritisiert BÜNDNIS DEUTSCHLAND.

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat beim Umbau des Bürgergelds zur „neuen Grundsicherung“ einen „kommunalen Quadratmeterdeckel“ ins Spiel gebracht. Sie wolle die Kosten der Unterkunft wirkungsvoll begrenzen und gegen Ausbeutung auf Kosten der Ärmsten mit sogenannten Schrottimmobilien vorgehen.

Sämtliche Versuche, Wohnungsnot und steigende Mieten mit Werkzeugen aus der sozialistischen Mottenkiste zu lösen, sind aus Sicht von BÜNDNIS DEUTSCHLAND zum Scheitern verurteilt. Eine Mietpreisbremse reduziert das Wohnungsangebot. Gerade Privatvermietung von Einliegerwohnungen, Einzelzimmern, Dachgeschossen und Ähnlichem wird für Vermieter, beispielsweise Rentner, die freien Platz in einem Haus haben, sofort deutlich unattraktiver.

Das Perfide an Mietpreisbremsen ist, dass die schlimmsten Auswirkungen, nämlich die komplette Zerstörung des Immobilienbestands, erst nach Jahrzehnten sichtbar werden, nämlich dann, wenn die heruntergekommenen Gebäude beginnen auseinanderzufallen. Es ist ein Irrtum anzunehmen, rational denkende Menschen würden eine Leistung, hier Wohnraum, unter den Baukosten anbieten.



Für eine erfolgreiche Wohnungspolitik braucht es keine Mietpreisbremse, sondern mehr Motivation für Häuslebauer. Mehr Wohnraum ist das beste Mittel gegen hohe Mieten.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert ein Ende der entmündigenden und irrationalen Eingriffe in die Privatautonomie. In Deutschland gibt es mittlerweile mehr als 20.000 Bauvorschriften. Viele Regulierungen können ersatzlos gestrichen, überhöhte Standards abgesenkt und Prüfungsprozesse privatisiert werden. Allein die Umstellung von Baugenehmigungsverfahren vom Erlaubnisprinzip auf das Veto-Prinzip könnte einen sofortigen Bauboom auslösen.

Das wäre eine Rückbesinnung auf Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft und den Erfolg der Gründerzeit der Bundesrepublik: „So viel Freiheit wie möglich, so viel Staat, wie nötig.“

Strategie Zellwachstum – Wie BÜNDNIS DEUTSCHLAND erfolgreich werden kann

von Dr. Kevin Deese

Eine Partei wird von ihren Mitgliedern getragen. Sie besteht aus ihren Mitgliedern, vertritt die Ansichten ihrer Mitglieder und stellt auch einen wichtigen Aspekt im privaten Leben der Mitglieder dar. Niemand tritt einfach mal so einer Partei bei, sondern nur aus Überzeugung und mit dem Wunsch, etwas zur politischen Willensbildung beizutragen.

Damit BÜNDNIS DEUTSCHLAND zur politischen Willensbildung in Deutschland beitragen kann, müssen wir erfolgreich an Wahlen teilnehmen. Die Voraussetzung dafür ist, dass wir vor den Wahlen und unterjährig bereits in Umfragen zu finden sind. Solange wir noch unter "Sonstiges" verbucht werden, wird das Hauptargument gegen uns die berühmte *verlorene Stimme* sein.

Bekanntheit können wir auf verschiedene Arten erreichen. Was wir dafür aber auf jeden Fall brauchen, ist der Fleiß und die Kompetenz unserer Mitglieder.

Wer erstellt unser Programm und hat politische Ideen? Wer stellt sich in die Innenstadt an den Wahlstand? Wer hängt Plakate auf und nach der Wahl wieder ab? Wer finanziert die ganze Show?

Das sind nur die offensichtlichen Beispiele. Aber wer gestaltet das Wahlplakat oder den Flyer? Wer betreut die Webseite oder erstellt Beiträge für die sozialen Medien? Wer kümmert sich um die Buchhaltung? Wer protokolliert Sitzungen? Wer bringt sein hoch spezialisiertes Fachwissen in die Ausarbeitung einer Position für ein Sonderthema?

All das und noch viel mehr passiert durch Mitglieder in ihrer eigenen Freizeit. Kostenlos. Aus reiner Überzeugung.

Je mehr Schultern wir haben, auf die diese Last verteilt werden kann, desto leichter wird die Last. Je mehr Mitglieder wir haben, desto größer ist die Gesamtkompetenz, auf die die Partei zurückgreifen kann. Je mehr Mitglieder wir haben, desto größer ist die lokale Präsenz und die Bekanntheit in lokalen Netzwerken.

Kurz gesagt: Unsere Mitglieder sind der Schlüssel zum Erfolg und deshalb müssen wir wachsen.

Die Strategie

Wir haben innerhalb der Landesverbände einige lokale Konzentrationen von Mitgliedern – sozusagen kleine Zellen. Das sind teilweise große Städte wie München oder Berlin, teilweise aber auch kleinere Orte mit zwei oder drei Mitgliedern.

Genau in diesen Zellen kann über gezielte Veranstaltungen und die persönlichen Netzwerke unserer Mitglieder ein Wachstum angestoßen werden. Je größer eine Zelle wird, desto leichter fällt ihr weiteres Wachstum aus eigener Kraft heraus.



Der Grundgedanke ist also ziemlich simpel. Doch der Gedanke alleine reicht nicht – es muss auch umgesetzt werden. Hierfür braucht es entsprechende Anreize, um alle Mitglieder und Landesverbände für diese Aufgabe zu motivieren.

Ein paar Beispiele, wie solche Anreize aussehen könnten:

- "Mitglieder werben Mitglieder"-Bonus
- Wettbewerb mit Auszeichnung der erfolgreichsten Mitglieder am Jahresende
- Wettbewerb unter den Landesverbänden

Zusätzlich muss die Arbeit so leicht wie möglich gemacht werden. Je weniger Aufwand durch die beteiligten Mitglieder jedesmal aufs Neue in Veranstaltungen und Akquise fließen muss, desto mehr Spaß macht es und desto wahrscheinlicher ist auch der Erfolg.

Hierfür können beispielsweise Vorlagen für Werbeplakate, Flyer, Social-Media-Ankündigungen oder Einladungsschreiben zur Verfügung gestellt werden.

Für weitere Ideen oder vielleicht sogar Mitarbeit an der Strategie oder auch an anderen Strategien bin ich dankbar!

Möchtet Ihr mit an der Strategie arbeiten oder habt Ihr Vorschläge und Ideen dazu? Dann schreibt mir gerne direkt

kevin.deese@buendnis-deutschland.de

Bundeszentrale für politische Bildung bleibt in SPD-Hand

von Steffen Große

BÜNDNIS DEUTSCHLAND kritisiert erneute
Postenvergabe nach Parteibuch

"Die alten Bundestagsparteien haben den Schuss noch immer nicht gehört. Die Bürger wollen weniger Parteieinfluss mittels Institutionen, Rundfunkräte und dergleichen", kritisiert Vorsitzender Steffen Große. Und weiter: "Insbesondere die Bundeszentrale für politische Bildung würde für ihre wichtige Arbeit wieder an Vertrauen gewinnen, wenn sie endlich politisch neutral geführt würde."

Bedenklich sei nicht zuletzt, dass Union und SPD die Besetzung der Bundeszentrale für politische Bildung offenbar als "Koppelgeschäft" ihres politischen Einflusses gesehen haben. So eine Position gehört nach Auffassung von BÜNDNIS DEUTSCHLAND ausgeschrieben und der beste Fachmann hätte den Zuschlag verdient.



Wie den Medien zu entnehmen ist, folgt auf Peter Krüger mit SPD-Parteibuch nun ab 1. Januar 2026 Sönke Rix aus Eckernförde mit SPD-Parteibuch auf dem gut dotierten Posten des Präsidenten der Bundeszentrale. Sie ist dem Bundesinnenministerium nachgeordnet.

Große: "Die gleiche Kritik verdienen die Personalbesetzungen der Landeszentralen für politische Bildung, die regelmäßig Kleinparteien ignorieren und das Licht nur auf die alten Parteien lenken. Das beschädigt unsere Demokratie statt für sie zu werben."

Erneute Beitragsschocks in der Krankenversicherung – BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert Wahlfreiheit, Transparenz und Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft

von Steffen Große

Zum Jahreswechsel steigen die Beiträge in gesetzlicher und privater Krankenversicherung erneut massiv – teilweise um bis zu 40 Prozent. Für BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist klar: Diese Entwicklung ist das Ergebnis politischer Fehlsteuerung und wachsender Bürokratie im Gesundheitswesen.

In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verschärft sich die Lage zusätzlich, weil die Bundesregierung weiterhin Milliardenbeträge für Bürgergeldempfänger nicht vollständig ausgleicht. Die dadurch entstehenden Defizite werden direkt auf die Beitragszahler abgewälzt.

Auch in der privaten Krankenversicherung (PKV) steigen die Beiträge deutlich – vor allem durch wachsende Krankenhaus-, Energie- und Personalkosten sowie durch strukturelle Ineffizienzen im Gesundheitswesen.

Ein zentrales Problem bleibt die eingeschränkte Übertragbarkeit von Alterungsrückstellungen.

Zwar wird seit 2009 ein kleiner gesetzlich festgelegter Anteil beim Wechsel übertragen, doch der überwiegende Teil der Rückstellungen verbleibt beim alten Versicherer. Diese faktische Wechselbarriere

verhindert echten Wettbewerb und benachteiligt die Versicherten.

Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel, ob Rückstellungen in Krankenversicherungssystemen tatsächlich in dem Umfang nachhaltig angespart werden, wie es öffentlich dargestellt wird. Für Versicherte ist nicht nachvollziehbar, ob diese Gelder langfristig der Beitragssicherung dienen – oder ob sie jährlich zur Deckung akuter Finanzlöcher verbraucht werden. Diese Intransparenz gehört zu den strukturellen Problemen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher:

- freie Kassenwahl auch über das 55. Lebensjahr hinaus,
- vollständige Transparenz über Alterungsrückstellungen,
- Übertragbarkeit aller Rückstellungen beim Kassenwechsel,
- Abbau der Bürokratie und Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für ein Gesundheitssystem ein, das wieder nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft funktioniert – fair, transparent und bürgernah.

Ein Ausweg aus unserer Lage – die 5-Prozent-Hürde

Unser Mitglied Dr. Markus Rabe teilt einen ausführlichen Facebook-Beitrag mit uns, in dem er dazu aufruft, sich politisch einzubringen und aktiv an der Gestaltung unseres Landes teilzuhaben. Er moniert eine schweigende Mehrheit, die durch ihr Schweigen erst den Irrsinn der letzten Jahre ermöglicht hat.

Mit dem Aufruf verbunden ist die Idee, **die 5-Prozent-Hürde auf 3% abzusenken**. Dahinter steckt der Gedanke, dass die Politik mit ihrer Brandmauer und Ideologisierung festgefahren ist und eine positive Veränderung für unser Land so nicht möglich ist. Erst mit frischen Ideen kommt wieder Bewegung rein.

von Dr. Markus Rabe

Unsere Demokratie steckt fest. Wir müssen sie wieder arbeitsfähig bekommen! Wir. Nicht die Regierung.

Das letzte Jahrzehnt war von mannigfaltigen Exzessen der autoritär-totalitären Linken geprägt. Hierfür sind vor allem die „Konservativen“ zu schelten. Diese wollten ihre Ruhe und überließen alle Propagandakanäle den Linken, welche dem produktiven Teil der Bevölkerung über ausufernde Rundfunk- und NGO-Finanzierung dann auch noch die Finanzierungen eben jener Linken abpressen. Sorry, wie dumm sind wir?

Gegen eine zwar in mehreren Parteien sich ausdifferenzierende aber grundsätzlich miteinander arbeitsfähige Rechte (im Sinne von zurechnungsfähige Menschen, die nicht dem Irrglauben anhängen, Realität sei optional) hat Links keine Chance. Nicht nur intellektuell, sondern auch bevölkerungsmässig. Und das wissen die, wenn sie sonst schon nichts wissen. Und deshalb sehen wir gerade eine der schon operettenhaften letzten Zuckungen der linken Farce auf die autoritär-totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts.

Diese Operette endet, wenn die weit überwiegende Mehrheit merkt, dass sie die weit überwiegende Mehrheit in diesem Land ist und jeder versucht, sich zumindest zurechnungsfähig zu verhalten. Dann ist Demokratie kein allzu kompliziertes System. Viel einfacher gebildete Generationen haben das schon hinbekommen.

Und wenn wir die Leitung des Staates wieder als eine verantwortungsvolle Aufgabe ansehen, anstatt schlechten Soap-Darstellern NYC-Aufenthalte zu finanzieren, dann kann jeder mal wieder, Politik Politik sein lassen. Weil sie verantwortungsvolle Menschen als Repräsentanten haben.

Also, alle Demokraten: Sammelt Euch doch bitte mal in Parteien, die grundsätzlich zur Zusammenarbeit miteinander bereit sind. Dafür müssen die sich nicht lieben. Sie können sich von mir aus sogar hassen, solange sie den parlamentarischen Codex einhalten, der vor allem unser Grundgesetz vorgibt. Rote Linien statt Mauern. Und diese Linien hat nicht die Propagandaabteilung der Linken zu diktieren!

Und noch ein Wort an die derzeitigen im Parlament vertretenen Parteien: eine angemessene Absenkung der Sperrklausel auf verfassungsgemäße 3% im Bundeswahlgesetz würde den gesetzlichen Rahmen für die notwendige Ausdifferenzierung der ineinander verkeilten „etablierten“ Parteien bieten. Zeigt, dass es Euch um das Land geht und das "Parteienkartell" nur eine Verschwörung ist.

#RedLines

Und ich denke, ich spreche hier auch für meine Freunde bei #BuendnisDeutschland. Und vielleicht auch für meine noch älteren Freunde bei der #WerteUnion, der ich damals als Unionsmitglied angehörte. Und, um nicht zu einseitig zu wirken, hätte auch die @oedp.de eine wg Anerkennung für ihre langjährige demokratische Basisarbeit verdient und ist bestens vernetzt. Dann natürlich die Freunde von @DieLibertaeren, die einen phänomenalen Burger servieren. @Bayernpartei @VoltDeutschland usw. usw....

Wir haben uns für die Demokratie entschieden, um in großen Gruppen zusammenleben zu können, ohne uns gegenseitig beim Kampf um Macht umzubringen. Das ist nämlich unsere eigentliche Standardleistung seit hunderttausenden Jahren. Aber Demokratie ist eine fantastische Methode diesen in der Menschheit verankerten Streit umzulenken. Wenn die demokratischen Regeln eingehalten werden, ist sie kein Booster und kein Sondervermögen, sondern eine Methode. Die #RedLines braucht "nur" ein Bekenntnis der überwiegenden Mehrheit zu einer Partei, die mit anderen eine erwachsene Form der Zusammenarbeit kennt. Dann beginnt die Erneuerung unseres Landes.

Was haltet ihr davon? Schreibt uns eure Meinung oder eure eigenen Vorschläge an
buendnews@buendnis-deutschland.de

Ein Mitgliederschreiben des Landesvorsitzenden Thüringen an seinen Landesverband

Bei dem folgenden Schreiben handelt es sich um das erste Mitgliederschreiben des neuen Landesvorsitzenden des Landesverbands Thüringen Ralf Bornkessel an die Mitglieder seines Verbands. Das Schreiben wurde verfasst am 26.10.2025 nach dem Landesparteitag in Thüringen.



Foto: Ralf Bornkessel

Ralf Bornkessel

Landesvorsitzender des
Landesverbands Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Mitglieder und Freunde,

als neugewählter Landesvorsitzender begrüße ich euch sehr herzlich, wünsche uns allen im Namen des gesamten neugewählten Landesvorstandes für die Zukunft Glück und politischen Erfolg in der bevorstehenden Parteiarbeit und übersende euch als Anlage das Protokoll der gestrigen Sitzung.

Noch einmal unseren großen Dank an den gesamten vom bisherigen Landesvorsitzenden Andreas Reichardt geführten und gestern (mit einer Ausnahme) entlasteten Landesvorstandes für die geleistete Arbeit.

Da auch ich, wie alle weiteren Mitglieder des neuen Landesvorstandes im bisherigen Landesvorstand mitwirken durften, ist es zuerst einmal selbst verständlich, dass wir den eingeschlagenen Weg grundsätzlich programmatisch fortsetzen.

Auch nach den persönlichen Eindrücken am Bundesparteitag in Andernach haben wir uns entschlossen, in der bevorstehenden Wahlperiode die politische Vision des „Bündnis Deutschland“ als Sammelbecken kleinerer politischer Kräfte und Parteien des bürgerlich-konservativen, werteorientierten und liberalen Lagers weiterzuentwickeln.

Ich werde selbstverständlich aus innerster Überzeugung die vom bisherigen Landesvorstand geführten Gespräche (unter anderem mit Teilen der FDP und der WerteUnion in Thüringen) weiterführen und zusätzlich an meine „alten“ Kontakte in die Partei „die Basis“, den „Bürger für Thüringen e.V.“ und die „Freien Wähler“ in der Hoffnung nutzen, den gemeinsamen Geist von 2022/2023 in Vorbereitung der letzten Wahl zum Thüringer Landtag zu reaktivieren. Schon damals haben wir gesehen, dass zwischen den großen bürgerlichen Blöcken der CDU/CSU mit ihrer

„Brandmauer“ und der AfD ein Bindeglied und Brückenbauer wie das Bündnis Deutschland als Sammelbecken wertorientierter, liberaler und konservativer Kräfte fehlt und zwingend erforderlich ist.

Wir sehen heute allenthalben den Niedergang der deutschen Wirtschaft und der Gesellschaft sowie damit verbunden der Möglichkeit der Finanzierung der (auf das vernünftige Mindestmaß zu reduzierende) Sozialsysteme einschließlich der öffentlichen Hände des Bundes, der Länder und besonders der Landkreise, Städte und Gemeinden als Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ökonomische Inkompetenz gepaart mit der zerstörerischen Ideologie der Rettung des Weltklimas durch äußerste (vernichtende) Bemühungen Deutschlands im rot-grünen Bündnis und gemeinsam mit der FDP in der „Ampel“ hat heute den (in vollem Umfang durch vernünftige Betrachtung vorhersehbaren) Niedergang unserer wirtschaftlichen Basis in Deutschland gelegt. Zu Ehrlichkeit gehört aber auch dazu, dass bereits unter der Ära der zuvor regierenden CDU/CSU unter Angela Merkel die aus meiner Sicht von außen gesteuerte links-rot-grüne Zerstörungsideologie vorbereitet hat. Ich erinnere nur beispielhaft auf die bewusst medial (und noch einmal von Außen!) gesteuerter Zerstörung unserer deutschen Autoindustrie unter dem Deckmantel der Bekämpfung technisch nicht notwendiger und angeblich illegaler „Schummelsoftware“ zur automatischen Abschaltung von Teilen der Motorelektronik bei heiß gelaufenem Motor und der lange vorbereiteten und 2015 gestarteten Kampagne der offenen Grenzen zur Einwanderung in unsere (heute völlig überlasteten) Sozialsysteme unter dem Deckmantel des Humanismus und der Fachkräftegewinnung.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung der vorherigen Seite

Mir fehlte damals schon die Fantasie, in den überfüllten und medial solidarisch-positiv bewerteten „Flüchtlingsbooten“ die Ingenieure, Mediziner und Facharbeiter zu erkennen, die die deutsche Wirtschaft zwingend für ihre positive Entwicklung benötigt.

Ich weiß, dass sich dieser Blick nach hinten (mit seinen Wurzeln in den 1940-er Jahren) und die Wahrnehmung der aktuellen desaströsen Entwicklung unseres (ehemals) schönen und wohlhabenden Deutschlands leider fast unendlich vergrößern ließe, was aber den Rahmen meines 1. Schreibens an euch in Verantwortung als Landesvorsitzender Thüringen von Bündnis Deutschland sprengen würde.

Mit ist heute mit 67 Lebensjahren und 35 Jahren unternehmerischer Erfahrung als selbstständiger öffentlich bestellter Vermessungsingenieur in Thüringen zwar nicht klar, wann und auf welchem Wege unser Heimatland aus dieser permanenten Abwärtsspirale ausbrechen und mit der „Wiederentdeckung“ alter deutscher Werte (wie beispielsweise Fleiß, Zuverlässigkeit, möglichst maximaler Bildung, Innovationsfreudigkeit....) den „Wiederaufbau“ schaffen kann. Aber es ist mir klar geworden, dass auch wir in Bündnis Deutschland als Teil der bürgerlichen Wählermehrheit im Lande mithelfen können und müssen, eine geeinte werteorientierte und konservative politischen Gestaltungsmehrheit zur Umkehr der derzeitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abwärtsspirale zu schaffen! Addiert man ganz einfach mathematisch das bürgerliche Wählerpotenzial in der Mitte unserer Gesellschaft von CDU/CSU, AfD, FDP und Teile der Sonstigen (auch wir, WerteUnion, Freie Wähler, u.a.m.) kommt man schon heute auf deutlich über 50 % in Deutschland. Und ich sage euch voraus, dass im weiteren Fortgang der aktuellen desaströsen Entwicklung dieses Potenzial noch deutlich gesteigert wird. WIR müssen dabei sein!

Nicht nur für mich, meine Familie und Freunde, sondern für alle in Deutschland lebenden und schaffenden Menschen ist es mir zwingend erforderlich klar geworden, sich in diese Prozesse aktiv und gestaltend, aber auch mit der gewonnenen Lebens- und Wirtschaftserfahrung einbringen zu müssen.

Die Wahl von Vizeadmiral a. D. Kay-Achim Schönbach zur Wahl in Andernach zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden von Bündnis Deutschland einerseits und vor wenigen Tagen zur Wahl zum

Vorsitzenden des WerteUnion Förderverein e.V. andererseits verbunden mit seinen nachfolgenden Erklärungen zur förderativen Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Kräften geben mir Hoffnung und Zuversicht für unsere Vision des Bündnis Deutschland als Sammelbecken bürgerlich-konservativer Kräfte außerhalb von CDU/CSU und AfD.

Ich will nicht dramatisieren, aber aus meiner Sicht ist es 5 Minuten vor 12 Uhr in Deutschland und ich kann weder Licht am Ende des Tunnels, noch eine Strategie zum Anhalten und Umkehr der Abwärtsspirale erkennen. Allein die dramatischen Appelle der Unternehmensführungen der Chemie und Metallindustrie in den vergangenen Tagen schreien regelrecht nach sofortiger Umkehr auf diesem Irrweg!

In dieser Situation fehlt mir neben der öffentlichen Stimme der AfD zu den politischen ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen die Stimme von Bündnis Deutschland. Wir haben aus meiner Sicht neben toller Programmatik und entsprechendem leistungsfähigen Personal zur Meinungsäußerung zu Themen wie CO₂-Bepreisung, irrsinnige Verteuerung der Energiebesteuerung und bewusste ideologie-basierende Zerstörung unserer ehemals bewährten Energieproduktion im Mix aller Produktionsarten, Migration der Menschen in den Arbeitsmarkt oder Rückkehr aus unseren Sozialsystemen in ihre Heimatländer, der Stabilisierung und Reformierung unserer Sozialsysteme, des krebsgeschwürartig gewachsenen, überbordenden und überregulierenden Staatsapparat usw.

Das war vor etwa anderthalb Wochen der Grund, nicht aufzugeben und die Partei Bündnis Deutschland zu verlassen, sondern im künftigen Landesvorstand mit Nico Vollmer als meinem Vertreter und den anderen neugewählten Mitgliedern im Landesvorstand die Verantwortung zu übernehmen, an der Vision der Vereinigung aller bürgerlichen Kräfte weiter mitzuarbeiten.

Hierfür werbe ich im Namen unseres gesamten neugewählten Landesvorstandes und bitte euch als Parteimitglieder weiterhin um Mitarbeit und Unterstützung.

Fortsetzung der vorherigen Seite

Auch wenn ich in Teilen die ehrlichen Gründe derzeit ausgeschiedener Parteimitglieder kenne und beispielsweise Altersbedingt selbstverständlich nachvollziehen kann, bitte ich weiterhin ausgeschiedene Parteimitglieder sich vielleicht doch weiterhin mit uns gemeinsam einzusetzen und wenn möglich zurückzukommen. Ja, der Bundesparteitag in Andernach hat Wunden geschlagen, aber ich hoffe (und werde mich dafür einsetzen), dass diese durch Einbindung oder Reaktivierung konstruktiver und kritischer Geister unserer Partei heilen und mit vereinten Kräften die politische Vision von Bündnis Deutschland als Bindeglied zwischen CDU/CSU und der AfD zum Wiederaufbau unserer schönen Heimat gelingt.

Bitte helft alle mit! Wir brauchen für die bevorstehende Arbeit nicht nur konstruktive Mitglieder, sondern auch deren Werbung für neue Mitglieder zur Stärkung und weiterhin Spenden zur Finanzierung unserer politischen Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Ralf Bornkessel
Landesvorsitzender
Landesverband Thüringen

Ludwig Erhard und die soziale Marktwirtschaft - Teil 1

von Erwin Holland

“Je freier eine Wirtschaft ist, desto sozialer ist sie.”

–Ludwig Erhard

Nach heutiger historischer Rezeption ging Deutschland in der Implementierung der Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg einen Sonderweg und ergänzte das System der freien Marktwirtschaft durch eine soziale Komponente. Ludwig Erhard, der als Vater des deutschen Wirtschaftswunders gilt, wird gemeinhin auch als Erfinder der sogenannten “Sozialen Marktwirtschaft” tituliert. Wobei Erhards Definition der sozialen Marktwirtschaft nur wenig mit dem heutigen Verständnis des Begriffes gemein hat.

Erhard studierte Volkswirtschaftslehre in Nürnberg und Frankfurt, wo er bei Franz Oppenheimer promovierte. Oppenheimer prägte ihn mit der Idee einer marktorientierten Wirtschaft, die soziale Gerechtigkeit durch Wettbewerb fördert. Erhard war von der Freiburger Schule und dem Ordoliberalismus beeinflusst, insbesondere durch Walter Eucken, der Wettbewerb als zentrale Säule einer freien Wirtschaft betonte, aber mit staatlicher Ordnungspolitik.

Während der 1920er und 1930er Jahre arbeitete Erhard am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigindustrie in Nürnberg. Dort analysierte er Marktmechanismen und Konsumverhalten, was ihm ein tiefes Verständnis für die Funktionsweise von Märkten vermittelte. Seine Ablehnung der nationalsozialistischen Planwirtschaft verstärkte seinen Glauben an marktwirtschaftliche Prinzipien.

Erhard war überzeugt, dass wirtschaftliche Freiheit und Wohlstand nur durch Wettbewerb und individuelle Initiative entstehen können. Sein Konzept der sozialen Marktwirtschaft, wie in seinem “Buch Wohlstand für Alle” (1957) beschrieben, kombinierte marktwirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung. **Wobei Ludwig Erhard die soziale Verantwortung immer in der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft sah und nicht in der Entmündigung eines allumfassenden Sozialstaats.**



Büste von Ludwig Erhard, aufgestellt in seiner Geburtsstadt Fürth

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung der vorherigen Seite

Als Leiter der Wirtschaftsverwaltung der Bizone (der amerikanischen und britischen Besatzungszonen) war Erhard zuständig für die Währungsreform 1948. Er ging ein großes Risiko ein, als er ohne Erlaubnis der amerikanischen Militäradministration die Preiskontrollen über Nacht fallen ließ. Es waren also nicht die Amerikaner, die die soziale Marktwirtschaft einführten, sondern vor allem Ludwig Erhard. Es wird folgende Anekdote erzählt:

Nachdem Ludwig Erhard die Preiskontrollen abschaffte, wurde er am nächsten Tag vor den amerikanischen General Lucius D. Clay zitiert und bekam ziemlichen Ärger. Wie er es denn wagen könne, eigenmächtig alliierte Preisvorschriften abzuändern, blaffte ihn Clay an. Daraufhin Erhard kühn: "Ich habe die Vorschriften nicht abgeändert, ich habe sie abgeschafft." "Aber alle meine Berater sind gegen Ihr Vorgehen", erwiderte Clay. "Meine Berater auch", gab Erhard zurück. (*Der Spiegel* 52/2005 "Plötzlich waren die Regale voll")

Wie auch immer, innerhalb einer Woche (!) waren in einem Land, das vorher gehungert hatte, die Läden voller Waren, in den 6 Monaten bis Ende 1948 hatte das pro Kopf Einkommen wieder 80% des Standes von 1936 erreicht (von vorher 50%), 1950 war das Vorkriegsniveau erreicht, nach weiteren 10 Jahren hatte sich das Durchschnittseinkommen verdoppelt und Anfang 1970 vervierfacht (Basis 1936).



Foto: Ludwig Erhard Stiftung

In der historischen Rezeption wird Ludwig Erhard und seine "soziale Marktwirtschaft" leider zu oft mit der heutigen Definition eines Nannystaates verwechselt, der seine Bürger ständig bemuttert und sich in ihr Leben einmischt. Dabei war Ludwig Erhard ein klassischer Liberaler, wie folgende Zitate illustrieren:

"Die Volkswirtschaft ist kein Patient, den man pausenlos operieren kann."

und

"Soziale Sicherheit ist gewiss gut und in hohem Maße wünschenswert, aber soziale Sicherheit muss zuerst aus eigener Kraft, aus eigener Leistung und aus eigenem Streben erwachsen."

und

"Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt."

und

"Der Markt ist der einzig demokratische Richter, den es überhaupt in der modernen Wirtschaft gibt."

Fortsetzung der vorherigen Seite

Für Ludwig Erhard war der Markt also kein Raubtier, das gezähmt werden müsse, sondern ein Mittel zum Zweck - für Wohlstand und Demokratisierung. Sozial war für Erhard die Marktwirtschaft an sich und nicht entmündigende und korrigierende Eingriffe des Staates. Erhard sah genauso wie Mises und Hayek den Weg zur Knechtschaft eines ausufernden Sozialstaates:

“Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen.“

und

“Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, dass, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat.“

und

“Nichts ist in der Regel unsozialer als der sogenannte Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.“

Der Begriff “soziale Marktwirtschaft” wurde gar nicht von Ludwig Erhard eingeführt, sondern von Alfred Müller-Armack (1901-1978), einem Kölner Ökonom. Müller-Armack wollte damit ein Konzept beschreiben, welches die Leistungsfähigkeit des freien Marktes mit einem sozialen Ausgleich verbindet. Er sprach von einem “Dritten Weg” zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Ludwig Erhard dagegen sprach in seinen Reden und Schriften fast immer von “freier Marktwirtschaft”. Sein Verständnis der sozialen Marktwirtschaft war ordoliberal mit Fokus auf Marktordnung und Wettbewerb. In diesem Rahmen ist “sozial” ein Ergebnis einer funktionierenden Marktwirtschaft, nicht eine zusätzliche staatliche Aufgabe.

In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises 1974 beklagt Erhard ganz offen, was aus der sozialen Marktwirtschaft geworden sei:

“Was sind das aber für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsbestimmungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Das Wirtschaftswunder war direkte Folge der freien Marktwirtschaft und der Grund, warum diese in der Bevölkerung so einen guten Ruf hat. Leider blieb es nicht so und mit der Zeit kamen Politiker ans Ruder, die immer mehr Umverteilung in das System einbauten und immer größere Geldbeträge aus dem Wirtschaftskreislauf entzogen, mit entsprechenden Folgen für Wachstum und Wohlstand. Wenn es darum geht, wieder in die Erfolgsspur zu finden, ist die freie Marktwirtschaft der richtige Weg.

Wusste schon Ludwig Erhard.



Jetzt der Rundfunkbeitragspflicht widersprechen und die Zahlung verweigern?

von Dr. Markus Rabe

Mit Urteil vom 15. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht (Az. BVerwG 6 C 5.24) der Klage einer Beitragszahlerin insoweit entsprochen, dass es die Sache zurück an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen hat. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof soll nun Beweis darüber erheben, ob die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Anforderungen an die gegenständliche und meinungsmäßige Vielfalt und Ausgewogenheit über einen längeren Zeitraum gröblich verfehlt hat.

Was sich sehr technisch anhört, ist tatsächlich ein großer Schritt nach vorne für alle, die Wert auf einen politisch ausgewogenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk legen. Denn nun, nachdem das Bundesverwaltungsgericht anerkannt hat, dass zumindest bei groben Defiziten der Vielfalt und Ausgewogenheit des Programmangebots die Zahlung des Rundfunkbeitrags verweigert werden kann, sehen sich die Rundfunkanstalten nun mit der Gefahr konfrontiert, dass in einer Vielzahl von Gerichtsverfahren die Einhaltung des Programmauftrages auf den Prüfstand gestellt wird.

Damit hat die Klägerin den Prozess noch lange nicht gewonnen und es wird sicherlich noch einige Zeit ins Land gehen, bis in der Sache ein endgültiges Urteil gesprochen wird. Bis es soweit ist, sollten die Rundfunkanstalten merken, dass die mutige Klägerin nicht alleine steht.

Mit dem unten abgedruckten Schreiben habe ich nunmehr meiner Beitragspflicht widersprochen, ebenso meine Frau. Selbstverständlich ist nun damit zu rechnen, dass der Bayerische Rundfunk zeitnah versuchen wird, die Beitragspflicht gerichtlich gegen uns durchzusetzen. Aber der Streitwert und damit das Kostenrisiko ist gering. Je mehr Bürger den Rundfunkanstalten deutlich zeigen, dass sie nicht weiter bereit sind, ihre einseitige Berichterstattung zu finanzieren, desto schneller wird sich etwas zum Guten ändern. Wir bleiben dran und ich halte Euch informiert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich explizit meiner angeblichen Pflicht zur Entrichtung des Rundfunkbeitrages, da zu seiner Erhebung schon seit längerer Zeit die verfassungsrechtliche Rechtfertigung fehlt, weil das Gesamtprogrammangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Anforderungen an die gegenständliche und meinungsmäßige Vielfalt und Ausgewogenheit nun seit mehreren Jahren gröblich verfehlt.

Dies zeigte sich bereits seit 2015 bei der grob einseitigen Berichterstattung in der seitdem anhaltenden Migrationskrise und steigerte sich bei den Themen „Corona“ und „Klima“ in nicht mehr hinnehmbare politische Agitation durch den deutschen ÖRR.

Ein Recht, von mir den Rundfunkbeitrag zu erheben, steht Ihnen deshalb schon seit längerer Zeit nicht mehr zu. Den letzten Anstoß, offensiv den Rundfunkbeitrag zu verweigern, lieferte dann die nur noch als israelfeindliche bzw. linksextreme Propaganda zu bezeichnende „Berichterstattung“ zum Gaza-Konflikt nach dem Attentat der Hamas vom 07.10.2023 sowie der hinterhältigen Ermordung von Charlie Kirk am 10.09.2025. Einen individuellen Vorteil bietet der ÖRR für mich nicht mehr. Ich konsumiere ihn nicht mehr und sehe auch nicht, dass der ÖRR in Deutschland noch einmal eine demokratiefördernde Rolle spielen kann.

Ich hoffe sehr, dass sich mir viele Beitragszahler anschließen werden und sollten Sie meinen, den Rechtsweg zu beschreiten, freue ich mich bereits darauf, als promovierter Verfassungsrechtler diese Frage mit meinen guten Bekannten am Bundesverfassungsgericht ausdiskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

DIE PARTEI

“Wissensecke” von Markus Schröder

Aufstellungsversammlung & Landesparteitag

Wo ist der Unterschied?

Im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen in einigen Bundesländern, tritt immer wieder die Frage auf, worin eigentlich die gravierenden Unterschiede zwischen einer Aufstellungsversammlung zu anstehenden Wahlen und einem Landesparteitag sind. Wir möchten Ihnen hiermit eine Übersicht dazu geben:



Markus Schröder
Stv. Bundesvorsitzender

Aufstellungsversammlung

Zweck:

Die Aufstellungsversammlung dient ausschließlich der Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Wahlen (z. B. Bundestag, Landtag, Gemeinderat).

Rechtsgrundlage:

- §§ 21–27 Bundeswahlgesetz (BWahlG) und Bundeswahlordnung (BWO) bzw. entsprechende landesrechtliche Wahlgesetze.
- Die Parteiensatzung ist nicht maßgeblich, sondern die Vorgaben des Wahlrechtes.

Teilnehmerkreis:

- Nur wahlberechtigte Parteimitglieder des jeweiligen Wahlgebiets (z. B. Kreis, Land, Bund) dürfen teilnehmen und abstimmen.
- Gäste außerhalb des Wahlgebietes haben kein Stimmrecht.

Durchführung:

- Es gibt strenge formale Vorgaben, die zwingend einzuhalten sind.
- Die Abstimmungen sind unbedingt geheim durchzuführen.
- Es müssen Wahlvorschläge aufgestellt werden (z. B. für Wahlkreise oder Landeslisten).
- Es gelten gesetzliche Protokollpflichten, z. B. über Zahl der abgegebenen Stimmen, Bewerbererklärungen, Versicherungen an Eides statt, Erläuterungen des Versammlungsleiters etc.
- Ein ordnungsgemäßes Verfahren ist Voraussetzung dafür, dass die Liste oder der Kandidat später vom Wahlleiter zugelassen wird.

Ergebnis:

- Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sind bindend für die Partei bei der Einreichung der Wahlvorschläge.
- Formfehler können zur Nichtzulassung der Kandidatur führen.

Parteitag

Zweck:

Ein Parteitag ist das oberste Organ der Partei (oder eines Unterverbands) und dient der innerparteilichen Willensbildung.

Themen:

Satzung, Programm, Anträge, Wahlen von Parteivorständen, politische Beschlüsse usw.

Rechtsgrundlage:

- Parteiengesetz (§ 9 ff. PartG) und die Satzung der Partei.

Teilnehmerkreis:

- Delegierte oder Mitglieder laut Satzung.
- Nicht notwendigerweise wahlberechtigt im staatlichen Sinne (z. B. können auch jüngere Parteimitglieder stimmberechtigt teilnehmen).

Durchführung:

- Nach den Regeln der Parteisatzung, nicht nach dem Wahlgesetz.
- Abstimmungen können satzungskonform offen oder geheim erfolgen.
- Meist werden mehrere Themen, Reden, Anträge, Diskussionen bearbeitet und entschieden.

Ergebnis:

- Interne Beschlüsse, Wahlen und politische Richtungsentscheidungen.
- Keine unmittelbare Rechtswirkung gegenüber staatlichen Wahlorganen.



Eine Frau, von Frauen gemacht

Sexy, aber nicht zu sexy. Schön, aber auch nicht zu schön - das ist BÜNDI, unsere KI-Markenbotschafterin, die wir kürzlich zusammen mit den beiden Schöpferinnen dieser Figur aus der Taufe gehoben haben. Sie ergänzt andere BD-"Standard-Beiträge" auf unseren Kanälen. Getreu dem Radio-Motto: der gute Mix ist am erfolgreichsten.

Zunächst befinden wir uns in der Testphase, wie ihr bereits dem Rundschreiben unseres Bundesvorsitzenden entnommen habt.

Klar, Bündie ist optisch durchaus überzeichnet, aber wer in der Werbung gesehen werden will, muss auch überzeichnen. In Grau, leise und schüchtern hinterm Ofen sitzend wird man nun mal nicht wahrgenommen. Bündies Erkennungsmerkmal neben ihrer gepflegten Attraktivität ist eine große, nahezu überbordende Schleife auf dem Kopf, und zwar in Pink - in welcher Farbe auch sonst? Schließlich gehört diese Farbe zu unseren Parteifarben.

Und was ist Bündies Funktion? Sie soll verstärkt im Bereich Social Media mit unserer Kernbotschaft „Starke Wirtschaft - Wirtschaftswunder 2.0“ deutlich abzuheben und sichtbarer zu werden, wurde die Figur „Bündie“ optisch überzeichnet.

3 Stufen sind geplant, mit dem Ziel mehr Mitglieder und Spenden zu generieren. **Im ersten Schritt** soll sie Aufmerksamkeit erregen. Hier bitten wir Sie/euch aktuell um Ihre Hilfe, jedes Like oder Teilen der Beiträge auf Ihren eigenen Kanälen hilft uns sichtbarer zu werden.

Ab **Phase II** sollen Mitglieder des BuVo/ LaVo/ Experten und ggf. Mitglieder mit einem Foto und kurzer Textbotschaft einbezogen werden.

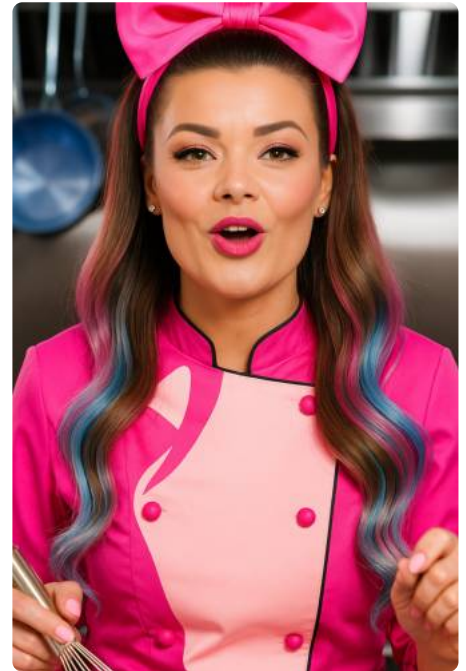
Phase III ist komplett im Videoformat geplant. Aktuell ist hier zu noch nicht bei jedem die dafür erforderliche technische Ausstattung vorhanden, um eine gute Bild- und Tonqualität zu produzieren. Der 3-stufige Aufbau im Konzept verschafft uns dazu aber etwas Luft.

Nicht zuletzt jeder Clip kostet Geld und die KI ist noch nicht zu 100% beherrschbar. Für manchen Clip waren mehrere Versuche notwendig und jeder Versuch kostet. Gerne würden wir auch Beiträge in Social Media für mehr Sichtbarkeit kostenpflichtig bewerben, aber unsere Mittel sind leider überschaubar.

In der Entwicklungsphase wurden die Kosten aus privaten Mitteln finanziert, in der aktuellen vierwöchigen Testphase bezuschusst BD das Projekt mit einem Festbetrag. Wenn Sie das Projekt unterstützen möchten, spenden Sie unter dem Stichwort „Bündie“. Nutzen Sie dazu den Spenden Button auf der Seite www.buendie-deutschland.de.

Fragen, Ideen und Feedback richten Sie bitte per E-Mail an buendie@buendnis-deutschland.de

Herzlichen Dank!



CI Vorgaben und Umsetzungswünsche des Bundesvorstands

von Steffen Große

Liebe Mitglieder,

wir wünschen uns mehr Aktivitäten von BÜNDNIS DEUTSCHLAND in den sozialen Netzwerken und viele würden ja gern, aber sind unsicher wegen der CI-Vorgaben. Um unser CI in den wesentlichen Punkten leichter handhabbar zu machen, hat der Bundesvorstand diese 12 Punkte zusammengestellt. Grundlage ist unser altbekanntes CI.

1) Die Hausschrift von BÜNDNIS DEUTSCHLAND ist nach wie vor: Public Sans

2) Die Mindestschriftgröße bei Texten in Kacheln, die auf sozialen Netzwerken laufen, ist 28pt und bei Erwähnung von Funktion und Webseite mind. 16pt

3) Die zu verwendenden Farben für Hintergründe sind unser Logo-Blau, Logo-Magenta, Türkis, Taubenblau, Schwarz und Weiß. Auf den Hintergründen sind die jeweils besten Kontrastfarben für den Text zu verwenden.

4) Die Landesverbände und ihre Untergliederungen haben als Absenderfahne das Landeslogo zu verwenden. Es kann davor ein frei verwendbares Landessignet gesetzt werden (Achtung: Landeswappenrechte beachten). Veröffentlichungen der Bundespartei/des BuVo tragen das Bundeslogo.

5) Logo: Die Kurzform "BD" ist stets nur zusammen mit der Langform - stets in Großbuchstaben BÜNDNIS DEUTSCHLAND - zu verwenden, die mindestens im Text und idealerweise im ersten Satz hervorgehoben sein muss.

6) Textlängen: Innerhalb der Kacheln bitte nicht mehr als 3 Kurzsätze. Als Vortext nicht mehr als 8 Sätze (Ausnahme Pressemitteilungen) plus Hashtags.

7) Vor Veröffentlichung ist eine Grammatik- und Rechtschreibkorrektur zwingend.

8) Bildrechte sind aus Urheberrechtsgründen auszuweisen (Quellen). KI-Inhalte sind kenntlich zu machen (Kreis mit den Buchstaben KI oder Wasserzeichen). Die Anforderung kommt 2026 ohnehin.

9) Overlays, Bauchbinden sind zulässig und gewünscht (Funktionen, Landesverband) - Dann sehen Logos nicht nach Pflaster-Fremdkörper aus.

10) Titelbilder und Überschriften sind zwingend in Großbuchstaben und in Public Sans Medium oder Fett zu fassen.

11) Es wird unterschieden in

- News-Kacheln (Reaktion auf aktuelle Geschehnisse, Umfragen, Terminankündigungen X- Space und dgl.),
- historisches Kalenderblatt- und Programm(-atik)-Kacheln (BD steht für ...),
- Kampagnen-Kacheln (kreative Freiheit zulässig) mit mindestens einer Serie von 5 geplanten Kacheln, sowie
- Kacheln mit Funktionsträger-Aussagen ab Landesvorstand aufwärts (bitte keine Schriftführer- oder Schatzmeisterkacheln. Erst die verantwortlichen Spitzen der Organisationsebenen pushen) - Außenpolitik bitte nur mit Einbindung des Bundesvorstandes.

Bitte lasst euch bei der Kachelgestaltung vom MarKom-Team beraten. Erster Ansprechpartner hier ist Bundesvorstandsmitglied Bernd Kaiser (bernd.kaiser@buendnis-deutschland.de). Das Team berät auch beim ersten Einrichten eines Kanals.

12) Zu lokalen Themen ist der Ort in Akzentfarbe und großer Schrift hervorzuheben. Bsp: Die Drogenkriminalität in **KÖLN** steigt das dritte Jahr in Folge. Damit soll der Vor-Ort-Bezug deutlich stärker werblich herausgestellt werden, wie bei den Spitzmarken mancher Radio- und TV-Nachrichten.

Abschließender Wunsch: Bitte teilt mehr BD-Inhalte auf den Kanälen. So gewinnen wir mehr Reichweite.





PRESSESCHAU

In unserer Rubrik Presseschau zeigen wir euch die Erwähnungen unserer Parteiarbeit in den verschiedenen Presseerzeugnissen. Diese werden uns über einen Pressedienst als Texte zur Verfügung gestellt.

weser-kurier.de

24.10.2025 19:11 / 143 Wörter

SPITZENBEAMTEN-AFFÄRE: WEITERER STAATSRÄTINNEN-ABSCHIED IM VISIER

Ruhegehälter für politische Beamte aus den Ressorts Umwelt und Wirtschaft.

Nun will das Bündnis Deutschland laut einem Bericht von Radio Bremen vom Senat wissen, ob die Entlassung der Arbeitsstaatssekretärin Karin Treu (SPD) im Mai rechtens verlaufen ist und hegt offenbar Zweifel. Treu, die etwa anderthalb Jahre im Amt war, wurde demnach als 60-Jährige in ein Beamtenverhältnis

Nordsee-Zeitung

25.10.2025 / 342 Wörter

CDU FORDERT KLARE KRISENSTRATEGIEN

CDU betont Notwendigkeit klarer Krisenpläne
Zustimmung kommt auch von CDU, FDP und der Fraktion Bündnis Deutschland. Die CDU spricht von einem Erfolg für Generationengerechtigkeit. Das Urteil stelle klar, dass Notlagen keine pauschale Rechtfertigung für neue Schulden seien. Jede Maßnahme müsse künftig nachvollziehbar darlegen, wie sie tatsächlich zur

Nordsee-Zeitung

25.10.2025 / 584 Wörter

FRAGEN ZUM ABGANG VON KARIN TREU

Acht Staatsräte sind vorzeitig ausgeschieden

Seit 2015 sind acht dieser Spitzenbeamten vorzeitig ausgeschieden. Sie werden großzügig versorgt. Jan Timke vom Bündnis Deutschland (BD) macht jetzt den Aufschlag mit einer Anfrage an den Senat. Er hat eine Menge Fragen zur Entlassung von Karin Treu durch Claudia Schilling (SPD), Senatorin für Arbeit und

Syker Kurier

25.10.2025 / 110 Wörter

AUSWEITUNG DER STAATSRÄTE-AFFÄRE?

Bremen. Die Staatsräte-Affäre und damit auch die Regierungskrise könnte sich ausweiten. Dabei geht es um vorgeschobene Gründe für Entlassungen und hohe Ruhegehälter für politische Beamte aus den Ressorts Umwelt und Wirtschaft. Nun will das Bündnis Deutschland laut einem Bericht von Radio Bremen vom Senat wissen, ob die Entlassung der Arbeitsstaatssekretärin Karin Treu (SPD) im Mai rechtens verlaufen ist und hegt offenbar Zweifel. Treu, die etwa anderthalb Jahre

Aller Report

25.10.2025 / 207 Wörter

NÄCHSTE SENATORIN IN NOT

am 7. November im Haushalts- und Finanzausschuss ihre Sicht der Dinge darzulegen.

Jan Timke vom Bündnis Deutschland will einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss haben: „Die Bremer haben ein Recht auf Transparenz.“ Die FDP will erst eine Faktenbasis.

volksfreund.de (Trierischer Volksfreund)

28.10.2025 14:37 / 1064 Wörter

SOMMERHAUS DER STARS 2025: WER SIND EIGENTLICH DIESE PROMIS?

danach war er in zahlreichen Fernsehproduktionen zu sehen. Im letzten Jahr machte er bei Promi Big Brother mit und erzählte, dass er neben Model Tina noch mit einer weiteren Frau zusammenlebt. Bei der letzten Bundestagswahl kandidierte er für die rechtskonservative Kleinstpartei Bündnis Deutschland. Jochen Horst ist vermutlich der größte Promi dieser Staffel.

Gmünder Tagespost

29.10.2025 / 139 Wörter

RAFAEL ERKERT DIREKTKANDIDAT

Schwäbisch Gmünd. Mit großer Mehrheit wurde Rafael Erkert für den Wahlkreis Schwäbisch Gmünd als Direktkandidat der jungen Partei Bündnis Deutschland gewählt. Er ist ein erfahrener Fachmann in der IT-Branche. Rafael Erkert wuchs in Schechingen auf und war ein ehemaliger aktiver Jugendspieler seines heimatlichen Fußballvereins.

Pforzheimer Zeitung - Mühlacker Zeitung

29.10.2025 / 77 Wörter

BÜNDNIS KÜRT KANDIDATEN

Mühlacker. Die Partei „Bündnis Deutschland“ Landesverband Baden-Württemberg hat Jochen Heinlein als Direktkandidaten des Wahlkreises 44, Enz, für die Landtagswahl 2026 gewählt. Der 54-Jährige ist laut Pressemitteilung seit März Parteimitglied, seit September Landesvorsitzender und steht an der Spitze der Landesliste. Sein Lebensmittelpunkt ist Mühlacker-Lomersheim. Aufgewachsen ist er in Zaisersweiher. Im Mittelpunkt des Parteiprogramms stehen laut Mitteilung

Gerne nehmen wir auch eure Funde in die Presseschau auf. Bitte sendet uns eure Ausschnitte mit den Angaben zum Presseerzeugnis, dem Datum der Erscheinung und den Daten des Journalisten, falls angegeben.

buendnews@buendnis-deutschland.de



DAFÜR STEHEN WIR.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

FREIHEIT. WOHLSTAND. SICHERHEIT.

WIR SIND DIE FREIHEITLICH- KONSERVATIVE PARTEI DEUTSCHLANDS.



Die Eigenverantwortung hat Vorrang, wann immer der Einzelne besser entscheiden kann. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sind von grundlegender Bedeutung.

Konservativ sein bedeutet, das Neue muss beweisen, dass es besser ist als das Bewährte. Wir wollen die in unserem Wertefundament definierten Werte bewahren und Fortschritt auf Faktenbasis und mit Vernunft.

Die Mehrheitsmeinung der Bürger entscheidet.

Der Markt bestimmt die Entscheidungen der Unternehmer. Lenkungswirkungen durch den Staat sollten die Ausnahme sein. Die Interessen der Arbeitnehmer sind durch angemessene Schutzbestimmungen des Staates und die Tarifparteien zu berücksichtigen.

Wir sind technologieoffen und lehnen grüne Ideologie ab.

Wir wollen weniger Staatsausgaben, weniger Bürokratie, weniger Steuern, aber mehr Netto für die Bürger.

WIR STEHEN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT.



NEUE KRAFT FÜR UNSER LAND.



Der Bündnisgedanke ist in unserer DNA. Wir einen, was andere spalten.

Wir haben eine weiße Weste. Die alten Parteien werden ihre eigenen Fehler nicht korrigieren.

"Made in Germany" muss weltweit wieder gut klingen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND - Die neue Kraft für unser Land.

Impressum

BÜNDNIS DEUTSCHLAND
Knesebeckstraße 62/63
10719 Berlin

buendnews@buendnis-deutschland.de